



Neue Energievorhaben von gemeinsamem Interesse für die Energieunion auf dem Fundament der europäischen Solidarität

Brüssel, 31. Oktober 2019

Die Europäische Kommission hat heute die vierte Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse (*Projects of Common Interest, PCI*) für ein europäisches Energieverbundnetz angenommen, das künftig eine umweltfreundliche, erschwingliche und sichere Energieversorgung aller Europäerinnen und Europäer gewährleisten soll. Diese Liste spiegelt die Bedeutung der Infrastruktur für die Energieunion wider und stellt ein Gleichgewicht zwischen ihren Zielen her: Nachhaltigkeit, Erschwinglichkeit und Sicherheit der Energieversorgung.

Maroš **Šefčovič**, der für die Energieunion zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, erklärte dazu: *„Die Energieunion ist ein wichtiger Motor der Innovation im Bereich der sauberen Energie in Europa und weltweit. Wir sorgen dafür, dass diese Energiewende sozial gerecht ist, Innovationen hervorbringt und auf einer intelligenten Infrastruktur beruht, die den Anforderungen des künftigen Energiesystems entspricht. Mit unseren Vorhaben von gemeinsamem Interesse bauen wir starke und gut miteinander verbundene Netze in ganz Europa auf, um die Versorgungssicherheit zu verbessern.“*

Miguel **Arias Cañete**, EU-Kommissar für Klimapolitik und Energie, sagte dazu: *„Die Energiewende in Europa kommt gut voran. Der Anteil erneuerbarer Energien erreicht Rekordhöhen und die Kosten sinken rasch. Aber die europäische Energieinfrastruktur muss sich mit der gleichen Geschwindigkeit in die gleiche Richtung bewegen, um diese Wende uneingeschränkt zu unterstützen. Deshalb konzentrieren wir uns nun auf die neue Liste von Vorhaben für die wichtigsten Stromverbindungsleitungen und für intelligente Netze. Die heutigen Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur für eine saubere Energieversorgung sind ein weiterer wichtiger Schritt hin zu einem nachhaltigeren, wettbewerbsfähigeren und sichereren Energiesystem, das einen echten europäischen Mehrwert schafft und unsere europäische Energieunion fest auf dem Fundament der Solidarität verankert.“*

PCI sind grenzübergreifende Infrastrukturvorhaben, durch die die Energiesysteme verschiedener EU-Mitgliedstaaten miteinander verbunden werden. Sie sollen der EU helfen, die Ziele ihrer Energie- und Klimapolitik zu erreichen, nämlich eine erschwingliche, sichere und nachhaltige Energieversorgung aller Bürgerinnen und Bürger und die [langfristige Dekarbonisierung der Wirtschaft](#) gemäß dem [Übereinkommen von Paris](#). PCI sind Projekte, die sich erheblich auf die Energiemärkte und die Marktintegration in mindestens zwei EU-Ländern auswirken. Sie fördern den Wettbewerb auf den Energiemärkten und erhöhen die Energieversorgungssicherheit in der EU durch eine Diversifizierung der Energiequellen. Außerdem tragen sie dank Einbeziehung erneuerbarer Energiequellen zur Erfüllung der [Klima- und Energieziele der EU](#) bei.

Im Rahmen der Verordnung über das [transeuropäische Energienetz](#) (TEN-E), die 2013 erlassen wurde, legt die Kommission die wichtigsten PCI in der gesamten EU fest. Für diese Projekte gelten dann vereinfachte Genehmigungsverfahren und können EU-Mittel aus der Fazilität „Connecting Europe“ beantragt werden.

Auf Stromnetze und intelligente Netze entfallen mehr als 70 % der Vorhaben, was die zunehmende Bedeutung des Stroms aus erneuerbaren Quellen in unserem Energiesystem und die Notwendigkeit des Netzausbaus verdeutlicht, um die Einbeziehung erneuerbarer Energien und einen verstärkten grenzüberschreitenden Handel zu ermöglichen.

Die Vorhaben auf der vierten PCI-Liste wurden in den letzten 18 Monaten nach den Vorschriften der TEN-E-Verordnung in einem offenen, transparenten und inklusiven Verfahren bewertet und ausgewählt. Daran wirkten auch Interessenträger wie Verbraucher- und Umweltschutzorganisationen mit. Diese beteiligten sich aktiv an den Sitzungen der regionalen Gruppen.

Nächste Schritte

Der heute angenommene delegierte Rechtsakt mit der vierten Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse wird dem Europäischen Parlament und dem Rat übermittelt, die dann innerhalb einer Frist

von zwei Monaten, die einmal verlängert werden kann, Einwände dagegen erheben können.

Weitere Informationen

[Vierte Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse](#)

[Weitere Informationen über Vorhaben von gemeinsamem Interesse](#)

IP/19/6203

Kontakt für die Medien:

[Anna-Kaisa ITKONEN](#) (+32 2 29 56186)

[Lynn RIETDORF](#) (+32 2 297 49 59)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)